

„Bei der freiheitlichen Fahne bleiben!“

Interview mit Andreas Mölzer, FPÖ-Europaabgeordneter und Herausgeber von „Zur Zeit“

Andreas Mölzer kämpft für die Einheit der FPÖ und gegen die Spaltung der Partei durch ihren früheren Vorsitzenden Jörg Haider, der am 4. April das „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ) aus der Taufe hob. Gerhard Frey jr. hat Mölzer befragt.

National-Zeitung: Herr Mölzer, hinter Ihnen liegt eine bewegte Woche. Am 7. April verkündeten Sie, dass Jörg Haider aus der FPÖ ausgeschlossen wurde.

Mölzer: Das hat der geschäftsführende Bundesparteiobmann Hilmar Kabas verkündet. Durch Zufall war ich in Kärnten eine Minute früher dran.

National-Zeitung: Gerade eben waren es noch Sie, der aus der FPÖ ausgeschlossen werden sollte.

Mölzer: Mein Ausschluss war unwirksam. Das hat mir auch der Bundesparteivorstand mittlerweile bestätigt.

„Missfallen an Parteiabspaltung“

National-Zeitung: Wie reagiert die Basis auf Jörg Haider's Experiment „BZÖ“?

Mölzer: Es gibt massives Missfallen an diesem Versuch einer Parteiabspaltung. Die Leute wissen, dass es immer wieder in der Geschichte des nationalfreihheitlichen Lagers Spaltungsversuche gegeben hat. Sie sind immer misslungen – zuletzt der von Heide Schmidt, die das Liberale Forum gegründet hat. Mit viel Aufwand und viel Geld ist sie 1994 ins Parlament eingezogen. 1999 wurde sie vom Wähler aberufen. Ein ähnliches Schicksal prophezeie ich dem seltsamen Bündnis, das Haider ins Leben gerufen hat.

National-Zeitung: Österreich scheint sich darüber einig zu sein, dass Jörg Haider seit Jahren auf einem „Ego-Trip“ ist. Wer ist eigentlich noch bereit, sich dem auszusetzen?

Mölzer: Im Moment sieht es noch so aus, als wär' das eine bedeutende Kraft, weil Haider die vormaligen freiheitliche Regierungsmannschaft auf seiner Seite hat, drei Minister, drei Staatssekretäre und einen Teil des freiheitlichen Parlamentsklubs. Spätestens wenn es Neuwahlen gibt, ist die Regierungsmannschaft Geschichte und auch der freiheitliche Parlamentsklub wird nur zum Teil diesen Irrweg mitgehen. Jene, die ein bisschen historisch denken und Überzeugungen haben, werden selbstverständlich bei der freiheitlichen Fahne bleiben.

„Haider-Psychogramme sind mir zuwider“

National-Zeitung: Eine bundesdeutsche Tageszeitung schrieb dieser Tage, die Rechten seien Haider unbequem geworden, weil sie die einzigen seien, denen stets noch etwas über Haider ging: nämlich ihre Gesinnung.

Mölzer: So ist es.

National-Zeitung: Erstaunlich ist Haider's neuer Kurs auch vor dem Hintergrund, dass er es war, der 2002 die erste schwarz-blaue Koalition platzen ließ. Haben Sie für all das eine Erklärung – oder müsste man zu tief in das Psychogramm einsteigen?

Mölzer: Haider-Psychogramme sind mir seit langem zuwider. Er hat sich aus der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft verabschiedet und ist für mich nur mehr mäßig interessant. Allerdings sehen wir nun auch vormalige Größen der FPÖ wie etwa Susanne Riess-Passer, Norbert Steger, Friedrich Peter oder Alexander Götz in anderem Licht. Die Auseinandersetzungen mit Haider sind – das stellt man fest, wenn man selber in die Lage kommt – offenbar nicht mit normalen Maßstäben zu messen. Ich jedenfalls habe heute mehr Verständnis für Leute, die man als Haider-Treuer früher sozusagen verurteilt hat. Umgekehrt sehen auch diese Politiker offenbar, dass die FPÖ froh sein muss, wenn sie Haider los ist und nunmehr ohne ihn einen Neubeginn wagen kann.

National-Zeitung: Der freiheitliche Dritte Nationalratspräsident, Thomas Prinzhorn, meint, die Devise laute nun: „Getrennt marschieren, vereint schlagen“. Ist das nicht eine Utopie, wenn man sieht, wie tief die Gräben jetzt schon sind?

Mölzer: Diese Parteiabspaltung hat eine Auseinandersetzung ausgelöst, die mit unzähligen Schmutzkübeln geführt wird. So etwas wie eine „CSU-Lösung“ ist unter diesen Umständen nicht realistisch. CDU und CSU sind Schwesterparteien, die miteinander kooperieren. Im Unterschied dazu werden die FPÖ und das von Haider gegründete „Bündnis Zukunft Österreich“ Gegensätze sein.

„Das nationalfreihheitliche Lager wird im Parlament bleiben“

National-Zeitung: Meinungsforscher sagen, für zwei Parteien sei kein Platz, eine werde da untergehen.

Mölzer: Ich glaube, dass das nationalfreihheitliche Lager in Österreich immer politikfähig und – Österreich hat eine Vierprozenthürde – im Parlament bleiben wird. Es kann durchaus sein, dass Haider, wenn er von seinen Geldgebern aus den multinationalen Konzernen entsprechende Mittel bekommt, auch ins Parlament kommt. Ich glaube aber, dass das „BZÖ“ eine kurzlebige Existenz ist.

National-Zeitung: Herr Mölzer, Sie haben kürzlich in einer Rede im Europaparlament die Auswirkungen des bundesdeutschen Visa-Skandals auf andere europäische Staaten behandelt. Wie wird sich denn Fischers Vorgehen auf Österreich auswirken?

Mölzer: Wenn wie im Zuge des Visa-Skandals Hunderttausende Ukrainer als Touristen getarnt in die EU einreisen, um dort als Billigarbeitskräfte zu arbeiten, werden Arbeitsplätze in den EU-Staaten vernichtet. EU-Justizkommissar Franco Frattini gab am 5. April bekannt, dass die umstrittenen Visa-Erteilungen der deutschen Botschaft in Kiew anhand der europäischen Rechtslage überprüft würden. Ausgelöst wurde das durch Anfragen von mir und zwei bundesdeutschen Abgeordneten an die EU-Kommission. Das zeigt, wie selbst in dem an sich machtlosen EU-Parlament Dinge in die Wege geleitet werden können, die uns unter Umständen Hunderttausende illegale Ausländer ersparen.

„Die einzige Chance, die EU-Verfassung aufzuhalten“

National-Zeitung: In Frankreich findet am 29. Mai die Volksabstimmung über die EU-Verfassung statt. Umfragen zeigen eine wachsende Ablehnung des Vertragswerkes unter den Franzosen.

Mölzer: Die EU-Verfassung ist ein Projekt, das über den Kopf der europäischen Völker hinweg durchgezogen werden soll. Es ist bezeichnend, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich diese Verfassung erhalten sollen, ohne dass die Bevölkerung durch ein Plebiszit beteiligt wird. Man wird diese Verfassung in Österreich – auch mit Zustimmung Jörg Haider's und der bislang freiheitlichen Regierungsmannschaft – eskalt am 12. Mai des Jahres ratifizieren. Die Österreicher wissen überhaupt nicht, was da drin steht. Ich gehe davon aus, dass die einzige Chance, diese Verfassung noch aufzuhalten, das französische Referendum ist. Wenn kleine Staaten gegen diese EU-Verfassung sind, bewirkt das nichts. Die müssen solange abstimmen, bis ein Ja heraus kommt. Frankreich dagegen als zentraler EU-Staat kann diese Verfassung kippen. Ansonsten wäre tendenziell der Weg zum europäischen Zentralstaat eingeschlagen.

National-Zeitung: Sie haben im Europäischen Parlament die Forderung erhoben: Die Türkei darf niemals Vollmitglied werden! Ihre ÖVP-Kollegin Ursula Stenzel vertritt eine ähnliche Auffassung.

Mölzer: Frau Stenzel ist eine honorige Dame. Allerdings hat sie bei ihrer Gruppe, den europäischen Christdemokraten, wie auch in der Österreichischen Volkspartei so gut wie nichts zu sagen. Ihre Aussagen, die beim österreichischen Wähler gut ankommen, haben also kein politisches Gewicht. Nun muss ich bekennen, dass ich es auch nicht geschafft habe, dass sich die freiheitliche Partei, als sie noch unter Haider's Führung stand, gegen den Türkei-Beitritt aussprach.

„Massenzuwanderung arbeitsloser Türken“

National-Zeitung: Was hat Haider in diesem Punkt eigentlich geritten? Sein Eintreten für den EU-Beitritt der Türkei ist vom freiheitlichen Standpunkt aus ja grotesk.

Mölzer: Es gibt keine historisch oder politisch fundierten und nachvollziehbaren Gründe dafür. Ein einsichtiges Argument wäre einzig und allein der Wunsch des Bundeskanzlers Schüssel, der diese Frage offenbar im Sinne eines eigenartigen europäischen Konsenses erledigen will. Dass Jörg Haider und seine Regierungsmannschaft da mitgezogen haben, ist unverzeihlich. Der Türkei-Beitritt würde bedeuten, dass die Europäische Union in die Krisenherde des Nahen und Mittleren Ostens involviert wäre. Niemand könnte den EU-Beitritt der Türkei finanzieren. Die kulturelle Identität Europas wäre durch die Mitgliedschaft in Frage gestellt. Und die zweifellos einsetzende millionenfache Massenzuwanderung junger arbeitsloser Türken würde eine Reihe von sozialen und wirtschaftlichen Katastrophen nach sich



Andreas Mölzer, 1952 in der Steiermark geboren, studierte Rechtswissenschaften, Geschichte und Volkskunde an der Universität Graz. Der Publizist war von 1984 bis 1990 Chefredakteur der Wochenzeitung „Kärntner Nachrichten“, von 1990 bis 1994 Vorsitzender der freiheitlichen Parteialademie, von 1990 bis 1998 Kärntner Abgeordneter zum Bundesrat. Seit 1997 ist er Mitberausgeber und Chefredakteur des konservativen Wochenblattes „Zur Zeit“. Er war mehrere Jahre ständiger Kolumnist der Tageszeitung „Die Presse“, seit 1988 ständiger Kolumnist der Tageszeitung „Neue Kronen Zeitung“. Der Autor von 12 Büchern zur österreichischen, mitteleuropäischen und deutschen Geschichte, zu Fragen des Regionalismus sowie zur Identität Kärntens, aber auch zur Geschichte des nationalliberalen Lagers und der freiheitlichen Partei ist regelmäßig mit Gastkommentaren in nahezu allen politischen Zeitschriften Österreichs – Profil, Format, Falter, Standard etc. – vertreten. Seit 20. Juli 2004 ist der FPÖ-Politiker Mitglied des Europäischen Parlaments.



Jörg Haider's Wandlungen waren bereits vor der Abspaltung des „BZÖ“ nicht mehr nachvollziehbar. Unzählige Freiheitliche haben jetzt erst recht kein Verständnis mehr dafür, „was der Haider aufführt“, und sind von seinem „Kassiertheater“ und dem „Verrat am Wähler“ enttäuscht.

National-Zeitung: Der freiheitliche Dritte Nationalratspräsident, Thomas Prinzhorn, meint, die Devise laute nun: „Getrennt marschieren, vereint schlagen“. Ist das nicht eine Utopie, wenn man sieht, wie tief die Gräben jetzt schon sind?

Mölzer: Diese Parteiabspaltung hat eine Auseinandersetzung ausgelöst, die mit unzähligen Schmutzkübeln geführt wird. So etwas wie eine „CSU-Lösung“ ist unter diesen Umständen nicht realistisch. CDU und CSU sind Schwesterparteien, die miteinander kooperieren. Im Unterschied dazu werden die FPÖ und das von Haider gegründete „Bündnis Zukunft Österreich“ Gegensätze sein.

„Das nationalfreihheitliche Lager wird im Parlament bleiben“

National-Zeitung: Meinungsforscher sagen, für zwei Parteien sei kein Platz, eine werde da untergehen.

Mölzer: Ich glaube, dass das nationalfreihheitliche Lager in Österreich immer politikfähig und – Österreich hat eine Vierprozenthürde – im Parlament bleiben wird. Es kann durchaus sein, dass Haider, wenn er von seinen Geldgebern aus den multinationalen Konzernen entsprechende Mittel bekommt, auch ins Parlament kommt. Ich glaube aber, dass das „BZÖ“ eine kurzlebige Existenz ist.

National-Zeitung: Herr Mölzer, Sie haben kürzlich in einer Rede im Europaparlament die Auswirkungen des bundesdeutschen Visa-Skandals auf andere europäische Staaten behandelt. Wie wird sich denn Fischers Vorgehen auf Österreich auswirken?

Mölzer: Wenn wie im Zuge des Visa-Skandals Hunderttausende Ukrainer als Touristen getarnt in die EU einreisen, um dort als Billigarbeitskräfte zu arbeiten, werden Arbeitsplätze in den EU-Staaten vernichtet. EU-Justizkommissar Franco Frattini gab am 5. April bekannt, dass die umstrittenen Visa-Erteilungen der deutschen Botschaft in Kiew anhand der europäischen Rechtslage überprüft würden. Ausgelöst wurde das durch Anfragen von mir und zwei bundesdeutschen Abgeordneten an die EU-Kommission. Das zeigt, wie selbst in dem an sich machtlosen EU-Parlament Dinge in die Wege geleitet werden können, die uns unter Umständen Hunderttausende illegale Ausländer ersparen.

„Die einzige Chance, die EU-Verfassung aufzuhalten“

National-Zeitung: In Frankreich findet am 29. Mai die Volksabstimmung über die EU-Verfassung statt. Umfragen zeigen eine wachsende Ablehnung des Vertragswerkes unter den Franzosen.

Mölzer: Die EU-Verfassung ist ein Projekt, das über den Kopf der europäischen Völker hinweg durchgezogen werden soll. Es ist bezeichnend, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich diese Verfassung erhalten sollen, ohne dass die Bevölkerung durch ein Plebiszit beteiligt wird. Man wird diese Verfassung in Österreich – auch mit Zustimmung Jörg Haider's und der bislang freiheitlichen Regierungsmannschaft – eskalt am 12. Mai des Jahres ratifizieren. Die Österreicher wissen überhaupt nicht, was da drin steht. Ich gehe davon aus, dass die einzige Chance, diese Verfassung noch aufzuhalten, das französische Referendum ist. Wenn kleine Staaten gegen diese EU-Verfassung sind, bewirkt das nichts. Die müssen solange abstimmen, bis ein Ja heraus kommt. Frankreich dagegen als zentraler EU-Staat kann diese Verfassung kippen. Ansonsten wäre tendenziell der Weg zum europäischen Zentralstaat eingeschlagen.

National-Zeitung: Sie haben im Europäischen Parlament die Forderung erhoben: Die Türkei darf niemals Vollmitglied werden! Ihre ÖVP-Kollegin Ursula Stenzel vertritt eine ähnliche Auffassung.

Mölzer: Frau Stenzel ist eine honorige Dame. Allerdings hat sie bei ihrer Gruppe, den europäischen Christdemokraten, wie auch in der Österreichischen Volkspartei so gut wie nichts zu sagen. Ihre Aussagen, die beim österreichischen Wähler gut ankommen, haben also kein politisches Gewicht. Nun muss ich bekennen, dass ich es auch nicht geschafft habe, dass sich die freiheitliche Partei, als sie noch unter Haider's Führung stand, gegen den Türkei-Beitritt aussprach.

„Massenzuwanderung arbeitsloser Türken“

National-Zeitung: Was hat Haider in diesem Punkt eigentlich geritten? Sein Eintreten für den EU-Beitritt der Türkei ist vom freiheitlichen Standpunkt aus ja grotesk.

Mölzer: Es gibt keine historisch oder politisch fundierten und nachvollziehbaren Gründe dafür. Ein einsichtiges Argument wäre einzig und allein der Wunsch des Bundeskanzlers Schüssel, der diese Frage offenbar im Sinne eines eigenartigen europäischen Konsenses erledigen will. Dass Jörg Haider und seine Regierungsmannschaft da mitgezogen haben, ist unverzeihlich. Der Türkei-Beitritt würde bedeuten, dass die Europäische Union in die Krisenherde des Nahen und Mittleren Ostens involviert wäre. Niemand könnte den EU-Beitritt der Türkei finanzieren. Die kulturelle Identität Europas wäre durch die Mitgliedschaft in Frage gestellt. Und die zweifellos einsetzende millionenfache Massenzuwanderung junger arbeitsloser Türken würde eine Reihe von sozialen und wirtschaftlichen Katastrophen nach sich



„Haider erhält permanenten Meinungswechsel zum politischen Programm.“ So sieht es der designierte FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz Christian Strache (Bild). „Das orangefarbene Bündnis hat überhaupt nichts mehr mit freiheitlicher Gesinnung zu tun, sondern ist eine gekaufte Truppe, die sich nur mehr den eigenen finanziellen Vorteil absichern will“, erklärt Strache. Insofern sei es gut und folgerichtig, dass Haider & Co. mit der FPÖ und freiheitlicher Politik für dieses Land nichts mehr zu tun hätten. Die Mehrheit der Österreicher ist, folgt man einer Umfrage der Salzburger Nachrichten, der Auffassung, die FPÖ müsse eine neue Oppositions- und Kontrollpartei sein, um wieder auf die Erfolgschneise zu kommen.

ziehen.

National-Zeitung: Ist es Ergebnis gegenüber dem Wunsch der USA, dass die Türkei Mitglied werden soll, oder was bewegt Schüssel, der als christdemokratischer Politiker eigentlich auch kein Interesse an einer türkischen EU-Mitgliedschaft haben dürfte?

Mölzer: Rational gesehen trifft das zu. Man hat in Schüssel ja auch große Hoffnungen gesetzt. Es gibt aber offenbar ein Bündel ganz massiver Interessen am Türkei-Beitritt. Ich glaube, dass das US-amerikanische Interesse, das israelische Interesse, das Interesse des Bundeskanzlers Schröder an neudeutschen türkischen Wählern – dass alle diese Dinge sich bündeln. Aber es besteht immer noch die Chance, dass die Türken ihr Reformprogramm letztlich nicht durchziehen und draußenbleiben.

National-Zeitung: Sie haben im Februar in Madrid eine Rede gehalten mit dem Tenor, die patriotischen Kräfte in den EU-Staaten hätten sich allzu lange durch „linken Tugendterror“ und die Heuchelei der „political correctness“ an den Rand drängen lassen. Was bedeutet das konkret?

Mölzer: Meine Formel lautet: „Die Ausgegrenzten dürfen sich nicht gegenseitig ausgrenzen.“ Ich weiß zum Beispiel, wie schlecht das Image des französischen „Front National“ in Österreich ist. Ich weiß aber auch, dass das Image der Freiheitlichen in Frankreich noch viel schlechter ist. Wenn man das glauben würde, was Mainstream-Medien uns über andere Rechtsparteien vorgaukeln, dürfte keiner mit dem anderen reden. Nachdem das aber meistenteils Propaganda ist, müssen sich die europäischen Rechtsparteien voneinander selbst ein Bild machen und das Gespräch suchen, um festzustellen: Wer ist politikfähig, mit wem können wir kooperieren? Und wo handelt es sich um Verrückte oder Provokateure? Ich glaube, ein europäisches Rechtsbündnis ist für die Zukunft unumgänglich. Wenn wir das nicht schaffen, sind wir politisch auf europäischer Ebene tot.

„Unbeirrbar für die deutschnationale Sache“

National-Zeitung: Sie sind Vater von fünf Kindern, Chefredakteur von „Zur Zeit“, Kolumnist, Publizist, Sie haben Filme gemacht, sind Europaabgeordneter – wie bewältigen Sie dieses Pensum?

Mölzer: Als Freiberufler habe ich immer drei „Jobs“ – um es auf neudeutsch zu sagen – gleichzeitig gemacht. Ich war Kulturberater in Kärnten, Publizist und Kolumnist der größten österreichischen Tageszeitung, der Kronen-Zeitung. Ich habe seit meinen Jünglingstagen unbeirrbar für die rechte, für die deutschnationale Sache in Österreich gearbeitet. Wie heißt es doch in den Psalmen? „Unser Leben währet siebzig Jahre, und wenn's hoch kommt, so sind's achtzig Jahre, und wenn's köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen.“ Es gibt nichts Schöneres als sinnvolle Arbeit!

Als Abonnent der NATIONAL-ZEITUNG erfahren Sie die wahren Hintergründe des Geschehens, von denen der Durchschnittsbürger nicht einmal ahnt. Bedienen Sie sich jetzt gleich des [Bestellscheins](#) für Abonnements und Geschenkabonnements!

[▲ nach oben](#)